

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Tack, Elvira Drobinski-Weiß,
Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/13709 –**

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken – Marktwächter einführen

A. Problem

Die Märkte sind laut Antragsteller immer vielfältiger und intransparenter, der Konsumalltag der Menschen ist damit immer komplexer geworden. Anbieter- und Verbraucherseite sind laut der Fraktion der SPD derzeit nicht auf Augenhöhe. Aus ihrer Sicht ist zwischen Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Ungleichgewicht entstanden, das nicht nur Fragen von Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt aufwirft, sondern das Funktionieren des Marktmodells selbst gefährdet.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/13709 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband sukzessive mit Marktwächterfunktionen in den Bereichen Finanzen, Energie, Digitale Welt/Telekommunikation, Lebensmittel und Gesundheit auszustatten. Die Marktwächter sollen „beobachten, beraten, bewerten, bearbeiten, bekämpfen und beteiligen“. Um die Verbraucherzentralen zu Marktwächtern in den genannten Bereichen auszubauen, sollen unter anderem bis zu 20 Prozent der vom Bundeskartellamt verhängten Geldbußen wegen Kartellrechtsverstößen zweckgebunden der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz zugewiesen werden. Nach der Aufbauphase sollen für die Arbeit der Marktwächter insgesamt 50 Mio. Euro als Regelförderung bereitgestellt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Kerstin Tack
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Mechthild Heil, Kerstin Tack, Dr. Erik Schweickert, Caren Lay und Nicole Maisch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13709** in seiner 245. Sitzung am 12. Juni 2013 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Kultur zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Märkte sind laut Antragsteller immer vielfältiger und intransparenter, der Konsumalltag der Menschen ist damit immer komplexer geworden. Anbieter- und Verbraucherseite sind laut der Fraktion der SPD derzeit nicht auf Augenhöhe. Aus ihrer Sicht ist zwischen Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Ungleichgewicht entstanden, das nicht nur Fragen von Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt aufwirft, sondern das Funktionieren des Marktmodells selbst gefährdet.

Es ist nach Meinung der Fraktion der SPD an der Zeit, die Verbraucherorganisationen und das ihnen zur Verfügung stehende Instrumentarium weiter zu stärken, um die Soziale Marktwirtschaft wieder „ins Lot“ zu bringen. Die Verbraucherzentralen und ihr Bundesverband sollen dazu in den Teilmärkten Energie, Finanzen, Gesundheit, Digitale Welt und Lebensmittel zum zivilgesellschaftlichen Marktwächter ausgebaut werden. „Marktwächter“ sind nach Angaben der Fraktion der SPD staatlich beauftragte (d. h. geförderte und vom Staat benannte) zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen ohne hoheitliche Befugnisse wie die Verbraucherzentralen, die in allen wichtigen Feldern – Energie, Finanzen, Gesundheit, Digitale Welt und Lebensmittel – den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen, Missstände an die staatliche Aufsicht weitergeben und zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher auch juristisch gegen unseriöse Anbieter vorgehen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/13709 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband sukzessive mit Marktwächterfunktionen in den Bereichen Finanzen, Energie, Digitale Welt/Telekommunikation, Lebensmittel und Gesundheit auszustatten. Die Marktwächter sollen beobachten, beraten, bewerten, bearbeiten, bekämpfen und beteiligen;
2. die Aufgaben der Aufsichts- und Regulierungsbehörden in den Bereichen Finanzen, Energie, Digitale Welt/Telekommunikation, Lebensmittel und Gesundheit hin zu einer verbraucherorientierten Marktaufsicht zu erweitern;

3. durch das Marktwächter-Konzept die zivilgesellschaftliche mit der staatlichen „Kontrolle“ neu zu verzahnen. Dazu prüfen und bescheiden die Aufsichts- und Regulierungsbehörden die Initiativen der Marktwächter und ergreifen Maßnahmen bzw. begründen ihre Entscheidung;
4. jeden Marktwächter durch einen Fachbeirat, bestehend aus Verbrauchervertretern, Anbietern und Wissenschaft, zu begleiten;
5. die Marktwächter sukzessive aufzubauen.

Dafür sollen unter anderem bis zu 20 Prozent der vom Bundeskartellamt verhängten Geldbußen wegen Kartellrechtsverstößen zweckgebunden der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz zugewiesen werden. Nach der Aufbauphase sollen für die Arbeit der Marktwächter insgesamt 50 Mio. Euro als Regelförderung bereitgestellt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 112. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 142. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 146. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 126. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 110. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 119. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 104. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur** hat in seiner 91. Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/13709 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/13709 in seiner 97. Sitzung am 26. Juni 2013 abschließend ohne Debatte beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Mechthild Heil
Berichterstatte

Kerstin Tack
Berichterstatte

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatte

Caren Lay
Berichterstatte

Nicole Maisch
Berichterstatte